



Beschluss

Ethische Verantwortung von multinationalen Konzernen gefordert

Frühjahrsbundesausschuss
22. – 24.06.2007 in Bonn

Antragsteller: Bundesvorstand

Der Bundesausschuss verurteilt das Verhalten des Coca-Cola-Konzerns, nicht ausreichend seiner sozialen und ethischen Verantwortung nachzukommen und sich innerhalb des eigenen Konzerns sowie in den Partnerunternehmen unzureichend für die Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen.

Der Bundesausschuss verlangt vom Coca-Cola-Konzern sowie von allen multinationalen Konzernen die Vorgaben des internationalen „Pakts der bürgerlichen und politischen Rechte“ und die des „Paktes für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ einzuhalten und dementsprechend gegenüber ihren MitarbeiterInnen die Verhaltenskodices einzulösen, zu denen sie sich selbst verpflichten.

Der Bundesausschuss fordert die KLJB-Diözesanverbände mit ihren Mitgliedern dazu auf, als Konsumentinnen und Konsumenten die Möglichkeiten von Kaufboykotten zu nutzen und bis auf weiteres den Kauf und Verkauf von Produkten des Coca-Cola-Konzerns wegen dessen mangelnden Einsatzes für Menschenrechte einzustellen.

Die KLJB informiert ihre Mitglieder über diesen Beschluss. Sie werden aufgefordert ihn bei allen Aktivitäten und in den eigenen Einrichtungen umzusetzen sowie auch andere Akteure in ihrem Umfeld zur Umsetzung anzuregen. Dabei soll auf Getränke, die dem Prinzip der Ernährungssouveränität entsprechen, umgestiegen werden. Der Beschluss wird auf dem Frühjahrsbundesausschuss im Jahr 2008 in Bezug auf das weitere Vorgehen von Coca-Cola überprüft. Die KLJB-DVs berichten von ihren Aktivitäten.